

Milobader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,66 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg am Enztal. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Hochheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postkassentexto 291 74 Stuttgart. — Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile ober oder unter dem Bild im Betrag Grundpreis 15 Pf., aufserhalb 20 Pf. — Redaktionsgebühren 50 Pf. — Rabat nach Tarif, für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Rechtsbehauptung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 245

Februar 479

Mittwoch den 19. Oktober 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Die Gewerkschaften zum Wirtschaftsplan

Berlin, 18. Okt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Anstelltenbund veranstalteten heute vormittag eine öffentliche Kundgebung, um zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Abg. Leipart erklärte, die dringlichste Aufgabe sei zurzeit eine wirkungsvolle Verminderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen. Reichsstaatsabgeordneter Larnow führte aus, die Gewerkschaften werden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen können, daß sie den Arbeitslosen helfe. Aber leidenschaftlich müßten sie gegen den Teil des Plans Einspruch erheben, der mit unerträglicher Härte in die Lebenshaltung der Arbeiter schneidet und in ihre sozialen Rechte eingreift. Den guten Glauben, den den Arbeitslosen zu helfen, billige man der Regierung zu, aber die Tatsache, daß die Grundlagen des Plans in der „geschickten und bedingungslosen Verteilung von 1 1/2 Milliarden Reichsmark Steuereinnahmen an die Unternehmer“ bestehe, sei nicht zu bestreiten. Die Rotverordnungen über einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die geforderte 40-Stundenwoche gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 v. H. Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 vom Hundert Lohnsenkung hinzusetze, dann gehe das weit über das erträgliche Maß hinaus. Die Regierung habe es noch in der Hand, ihre Wirtschaftspläne von den offensichtlichen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und die Gewerkschaften fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Über den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifsprach der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung, Körber. Mit ihren Maßnahmen habe die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerträgliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Was die Deutschnationale Volkspartei fordere, seien faktische Gewerkschaften.

In einer Entschließung wurde die Aufhebung der Verordnungen vom 5. 9. und 3. 10., die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer neuen Organisation der Wirtschaft mit dem Ziel der Planwirtschaft gefordert.

Sind die Länder „verfassungsautonom“?

Mit anderen Worten: Können Bayern, Württemberg, Baden usw. sich diejenige Verfassung, die ihnen gerade paßt, geben? Oder sind ihnen vom Reich hierin gewisse unübersteigbare Schranken gezogen? Bekanntlich hat Reichskanzler v. Papen in seiner Aufsehen erregenden Münchner Rede am 12. Oktober bezüglich der von ihm geplanten Verfassungsreform, deren Entwurf dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll, u. a. gesagt: Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Sie dürfen nicht „mediatisiert“ werden. „Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die Verfassungsautonomie zu gewähren.“ Was meinte er darunter? Es gehen hierüber allerlei Vermutungen durch die Presse. Zweifellos handelt es sich um den Artikel 17. Derselbe lautet: „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung.“

Hiernach sind den Länderverfassungen folgende Verpflichtungen auferlegt: 1. Sie müssen Republiken sein; 2. ihre Landtage müssen nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählt werden; 3. auch für die Länder gilt das parlamentarische System (Art. 54). Bekanntlich gab es in der Bismarckschen Verfassung diese Bindungen nicht. Wir hatten neben monarchischen auch republikanische Bundesstaaten (Hamburg, Bremen und Lübeck). Auch die anderen Einschränkungen erfüllten nicht. Sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten bedurften die Regierungen nicht notwendig des Vertrauens der Parlamente. Das alles soll also anders werden. Wird sich hierfür eine verfassungsmäßige Mehrheit im Reichstage finden? Schwerlich. Was dann? Eine Diktatur? Ein Staatsstreich? Oder die Anwendung des sog. „übergewaltigen Notstandsrechts“ (Claf)? Selten stand das deutsche Volk vor so schweren Entscheidungen.

Um die Kontingentierung

Osbeck, 18. Okt. In einer Wahlversammlung erklärte Dr. Quenbera, der bekanntlich früher Generaldirektor

Tagespiegel.

Im Klepper-Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags wurde einstimmig der nationalsozialistische Antrag angenommen, den Reichskanzler, von Papen und andere hohe Funktionäre des Reichs als Zeugen über die Beteiligung der Preußenkassa an der „Germania“ und die grundsätzliche Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungsunternehmungen zu vernehmen. Wahrscheinlich wird die Vernehmung von Papens am Donnerstag dieser Woche erfolgen.

Der sächsische Landtag hat den nationalsozialistischen Antrag auf Landtagsauflösung gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Der Staatsgerichtshof wird das Urteil im Prozeß Preußen — Reich voraussichtlich nächsten Dienstag verkündigen.

In der Untersuchung wegen der Sprengstoffanschläge in Schlesien (Kreis Nimpfisch) sind der SA-Oberführer v. Obernig und sein Adjutant Graf Spreß verhaftet worden.

Im Hafenviertel von Rotterdam wurde eine große Menge Waffen und Munition beschlagnahmt, die nach Deutschland geschmuggelt werden sollten. Ein Händler wurde verhaftet.

Der englische Botschafter hatte eine Unterredung mit Herriot über den Tagungsort der Viermächtekonferenz.

der Krupp-Werke war, zu dem Steit über die Einfuhrkontingentierung: Ich sehe es deutlich vor Augen, wie gerade Handel und Industrie bald die Einführung eines beschränkten und elastisch gehandhabten Kontingentsystems — nicht als Teilmaßnahme irgendeines Systems der Autarkie, die wir ablehnen, sondern als Uebergangszustand zur Wiederherstellung eines gesunden inneren Marktes und einer nationalwirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Deutschlands — ebenso segnen werden wie seinerzeit den anfangs so viel bekämpften Uebergang Bismarcks zum Schutzollsystem. Allerdings waren die Formen der Einführung des Kontingentsystems durch die jetzige Reichsregierung nicht sehr glücklich. So etwas macht man auf einen Schlag, ohne jemanden zu fragen. Das Kontingent ist dem fremden Land gegenüber eine Gegenleistung für die Aufnahme deutscher Industrieerzeugnisse. Es ist klar, daß man neue Methoden nicht durch Mitarbeiter in die Praxis der Wirtschaftspolitik einführen kann, die diese neuen Methoden jahrelang bekämpft haben und mit dem längst überlebten System der „Reisbegünstigung“ rettungslos versetzt sind. Wer ein Jahrzehnt oder länger der Ansicht war, „es geht nicht“ — mit dem geht es wirklich nicht. Es war ein Fehler, daß man solche Leute mit der Durchführung des an sich richtigen und notwendigen Kontingentsystems betraute. Dazu kommt, daß die jetzige Leitung der Reichsbank, die noch dazu mit ihren finanziellen Einflüssen weit über ihr eigentliches Geschäft hinausgreift, mit ihrer Politik wie ein schwerer Alp auf der ganzen deutschen Wirtschaft lastet und immer wieder die Maßnahmen verhindert, die uns und die ganze Welt zur Gesundung führen können und die — das sei gegenüber den dunklen Andeutungen der Presseberichte nochmals gesagt — mit Inflation oder dergleichen nicht das Mindeste zu tun haben.

Der Klepper-Untersuchungsausschuß tagt

Berlin, 18. Okt. Die öffentliche Sitzung des Klepper-Untersuchungsausschusses des preussischen Landtags, in der die ersten Zeugenvernehmungen über die Beschuldigungen gegen den früheren Finanzminister Dr. Klepper erfolgen sollen, hatte ein zahlreiches Publikum angetzogen. Die Staatsanwaltschaft hatte in der Person des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Kreismann einen Vertreter entsandt. Dagegen war die kommissarische preussische Regierung nicht vertreten. Die Zeugenvernehmungen sollen sich zunächst auf den Fall „Kölnische Volkszeitung“ erstrecken, die 2 Millionen Mark erhalten haben soll. Ingesamt sind 16 Zeugen geladen. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sollen zunächst Ministerpräsident Braun und dann die Minister Hirtfelder und Klepper vernommen werden. Minister a. D. Höpfer und der Aachener Bischof Bogt haben sich entschuldigt.

Zu Beginn der Sitzung beantragte der Berichterstatter, Abg. Steuer (Dnat.), sämtliche Zeugen vor ihrer Aussage zu vereidigen. Abg. Reisinger (Ntr.) wies darauf hin, daß ein solches Verfahren noch nie in den Untersuchungskommissionen üblich gewesen sei, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß diese Unterlassung auch wiederholt zu Unzuträglichkeiten geführt habe. Saillat (Soz.) fragte, ob die Akten erst dem Reichskommissar zugeleitet worden seien. Der Vorsitzende, Abg. Stubbe (Dnat.) erwiderte, er habe den Dienstweg über den Reichskommissar gewählt, weil er die Akten auch über den Reichskommissar vom Finanzministerium angefordert habe. Bei Sozialdemokraten und Zentrum erhob sich Widerspruch.

Zunächst wurde Dr. Klepper vernommen. Klepper verweigerte zunächst die Antworten an den Berichterstatter Abg. Steuer. Es wurde sodann beschlossen, daß die Fragen Steuers durch den Vorsitzenden Abg. Dr. Jubke (Dnat.) und den Mitberichterstatter Abg. Dr. Mühs (Nat.-Soz.) an Klepper gestellt werden sollen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Geldhergabe für die „Köln. Volkszeitung“ (Ntr.) doch nicht zu den ordnungsmäßigen Geschäften der Preußenkassa gehöre, gibt Klepper an, es sei immer so gehalten worden, daß Geschäfte, die nicht unmittelbar mit den Ausgaben der Preußenkassa zusammenhängen, die aber im Interesse des Staats durchgeführt werden sollten, gemacht wurden, wenn die preussische Regierung ihre Zustimmung gab. Es sei allgemein so, daß die Regierung Zuwendungen an die Presse streng vertraulich behandle.

Die Staatsanwaltschaft hat heute in die Akten der Preußenkassa und des Finanzministeriums in Sachen Klepper Einsicht genommen.

Neue Nachrichten

Ein angeblicher Kronprinzenbrief

Berlin, 18. Okt. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht Stellen aus einem angeblichen Brief des Kronprinzen vom 14. April 1932 an den damaligen Reichswehrminister Gröner, in dem der Kronprinz bedauert haben soll, daß Gröner die nationalsozialistischen SA und SS aufgelöst und geholfen habe, das wundervolle Menschenmaterial, das in diesen Verbänden eine wertvolle Erziehung geniesse, zu zerstreuen. Gröner erklärte darauf, durch WTB, daß er niemals einen solchen Brief des Kronprinzen erhalten habe. Die „Rheinische Zeitung“ hält aber ihre Behauptung aufrecht, lehnt es aber „aus nationalpolitischen Gründen“ ab, den ganzen Brief zu veröffentlichen.

Neue englische Einladung abgelehnt

Berlin, 18. Okt. Der englische Geschäftsträger hat gestern noch einmal den Reichsaußenminister besucht, um die Einladung zur Viermächtekonferenz in Genf zu wiederholen. Der Reichsaußenminister konnte ihm nur wieder antworten, daß Deutschland aus den bereits ausführlich dargelegten Gründen Genf als Konferenzort ablehnen müsse. Es wird nunmehr abzuwarten sein, ob von der Gegenseite ein anderer Tagungsort vorgeschlagen wird, jedoch rechnet man in Berlin kaum noch damit, daß die Konferenz vor Anfang November stattfinden könne.

Mac Donald verärgert

London, 18. Okt. Auf einem vom Ausschuß der Nationalen Arbeiterpartei, die sich nicht von Mac Donald getrennt hat, gegebenen Frühstück, dem fast sämtliche Minister anwohnten, sagte Mac Donald in einer Rede: Deutschland weiß, daß Großbritannien sich seiner Forderung, „als ein Gleicher auf der Abrüstungskonferenz betrachtet“ zu werden, nicht widersetzt. Ich bedaure, daß Deutschland, obwohl es seine Bereitwilligkeit erklärt, an einer Konferenz der vier oder fünf Mächte teilzunehmen, es ablehnt, nach Genf zu gehen, und zwar aus Gründen, deren Triftigkeit schwer für mich zu entdecken ist. Ich hoffe, daß Deutschland sein letztes Wort noch nicht gesprochen hat. Die englische Regierung fährt fort, ihr Ziel zu verfolgen, und hofft, in einigen Tagen eine weitere Erklärung abgeben zu können.

England besteht also mit Herriot auf Genf.

Die „Morningpost“ berichtet, Mac Donald werde dem Ministerrat einen neuen Vorschlag in der Abrüstungsfrage und bezüglich Deutschlands unterbreiten. Am Mittwoch wird Mac Donald eine Abordnung der kirchlichen Führer empfangen und Erklärungen über die Abrüstungsfrage entgegennehmen.

Wie im Ausland gefälcht wird

Brüssel, 18. Okt. Auf einer Versammlung der Vaterländischen Verbände wurde u. a. erklärt: „Wir rufen alle, die den nationalen Willen haben, unter der Führung der Regierung zu kämpfen, auf, so lange auszuharren, bis wir die Freiheit der Aufrüstung erlangt und das Diktat von Versailles mit dem Schandparagrafen zerbrochen haben.“ Die Regierung hat die Unterstützung aller nationalen Kräfte notwendig, um das Werk der Verfassung in der Reichsreform gut zu Ende zu führen, dessen Krönung die Wiederherstellung des Kaiserreichs der Hohenzollern sein muß.“

Der Brüsseler „Soir“, das meistverbreitete Blatt in Brüssel, veröffentlichte nun die Rede des Reichskanzlers von Papen in Baderborn, sie schließt aber mitten in den Bericht die vorstehenden Auslassungen der Vaterländischen Verbände ein. Das Blatt fälcht also die

Rede des Reichskanzlers, die ihm wohl zu friedlich erschienen sein mag, in der gedachten Weise, um gegen Deutschland und die Reichsregierung in gewohnter Weise hegen zu können.

Französisch-spanische Freundschaft

Paris, 18. Okt. Von dem amtlichen Besuch Herriots in Madrid, der als Einleitung einer „neuen und wirklichen Entente“ zwischen Frankreich und Spanien angesehen wird, erwartet man vor allem auch eine Stärkung der Stellung Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz und die Unterstützung des französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplans durch Spanien. Die enge diplomatische Zusammenarbeit soll sich nicht nur auf Marokko, sondern auch auf Genf und die französische Sicherheit im Mitteländischen Meer erstrecken. Die vor einigen Jahren von dem spanischen Diktator Primo de Rivera eingeleitete italienisch-spanische Zusammenarbeit, die in Frankreich leinerzeit eine starke Zustimmung hervorrief, gilt als endgültig abgetan.

Der Londoner „Daily Telegraph“ erinnert daran, daß die französische Regierung auf der Abrüstungskonferenz vorgeschlagen hat, in Spanien ein Lager von schwerem Kriegsmaterial zu errichten, das dem „Völkerverbund“ in Ernstfällen zur Verfügung stehen und zur Unterstützung eines aufgegriffenen Staats dienen sollte. In Spanien würde ein derartiges Waffenlager „ganz außerhalb der Reichweite Deutschlands“ liegen. — Aber in unmittelbarer Reichweite Frankreichs — muß man hinzufügen.

Die Regierungskrise in Rumänien

Bukarest, 18. Okt. König Carol hat das Rücktrittsgesuch des Erziehungsministers Baida angenommen. Danach hat Titulescu, der Gesandte in Paris, gesagt. Baida hatte dem König Carol eine neue Note des französischen Ministerpräsidenten Herriot vorgelegt, in der Herriot die rumänische Regierung wieder auffordert, mit Sowjetrußland einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Titulescu, der enge Verbindungen mit der französischen Regierung und mit Tardieu unterhält, ist dagegen mit diesen Entschieden gegen Nichtangriffsverträge. Und der König entschied sich für Titulescu, für den auch der Minister des Innern, Michabache, der Führer des Bauernflügels der Regierungspartei, eintrat. Der König hat nun Maniu, den Führer der nationalen Kleinbauern, mit der Kabinettsbildung beauftragt. Maniu will sich erst mit seinen politischen Freunden besprechen.

Beamtenratswahlen bei der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main

Frankfurt a. M., 18. Okt. Die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main hatten folgendes Ergebnis: Liste des Einzelverbandes 830 Stimmen (ein Sitz bisher ebenfalls 1), Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 1537 (1 bisher 2), Gemeinschaftsliste umfassen Zentralgewerkschaft deutscher Reichsbahnbeamten, Gewerkschaft der Lokomotivführer und die Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten 4820 Stimmen (6 bisher 8), nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 2781 Stimmen (3 bisher nicht vertreten).

Der deutsch-polnische Grenzzwischenfall bei Weissenberg

Stuhm, 18. Okt. Wie die „Stuhmer Zeitung“ berichtete, erfolgte am Montag nachmittags in Weissenberg eine sechs Stunden dauernde Besichtigung des Orts, an dem der gemeldete Grenzzwischenfall passierte. Der polnische Starost aus Rewe hatte der Einladung des Stuhmer Landrats Dr. Zimmer Folge geleistet. In seiner Begleitung befanden sich ein polnischer Amtsrichter und die fünf Soldaten, die auf den Amtsrichter Franz Schwelki geschossen und ihn dann nach Polen verschleppt haben. Von deutscher Seite waren zugegen der Landrat von Stuhm, der Oberstaatsanwalt aus Elbing, ein Amtsgerichtsrat und die deutschen Augenzeugen. Wie verlautet, ergaben sich erhebliche Widersprüche zwischen den Angaben der deutschen Augenzeugen und denen der polnischen Soldaten. Der Arbeiter Schwelki soll übrigens nicht verwundet worden sein, sondern sich unverletzt im Rewer Gefängnis befinden. — Schwelki war bekanntlich mit einigen Genossen beim Weidenschneiden auf deutschem Boden von polnischen Soldaten beschossen worden.

Württembergischer Landtag

Sitze für Neuhäuser

Stuttgart, 18. Oktober.

Der Bund der Neuhäuser verlangt Steuerfreiheit für Neubauten auf die Dauer von 10 Jahren. Die Sozialdemokraten beantragen: 1. Verlängerung der Steuerfreiheit bei Neubauten unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerpflichtigen, 2. Gewährung verbilligter Baudarlehen und 3. Herabsetzung der Zinsen der Landestreditanstalt. Die Kommunisten verlangen 1. Zinsentzug um mindestens 2 Prozent und 2. Aufhebung eingeleiteter Zwangsversteigerungen. Die Nationalsozialisten beantragen noch, 1. die Landestreditanstalt anzumessen, dem Landtag Ausschluß über ihr Finanzgebaren vorzulegen, 2. eingeleitete Zwangsversteigerungen in Fällen unvermeidlicher Not aufzuheben.

Staatspräsident Dr. Volz: Ich hoffe, daß der Landtag Rücksicht nimmt auf die Finanzlage des Staats wie der Landestreditanstalt. Die Anstalt kann zurzeit weitere Neubauten nicht mehr finanzieren, da die Mittel fehlen. Pfandbriefe können jetzt auch nicht ausgeben werden. Die gegebenen Zusagen werden eingelöst. Eine Million ist schon ausgegeben, 700 000 \mathcal{M} stehen noch aus. An vorstädtischen Kleinwohnungen sind für 613 Stellen rund 1 1/2 Mill. \mathcal{M} . ausgegeben worden. Für Instandsetzungsarbeiten konnte das Land nur 100 000 \mathcal{M} . geben. Das Reich gab größere Mittel. Zunächst 164 000 \mathcal{M} . für Zinsverbilligung. Davon sind aber nur 10 000 \mathcal{M} . in Anspruch genommen. Weiter gibt das Reich für Reparaturen 50 Millionen Mark, von denen 1,8 Millionen auf Württemberg fallen. Die schwierige Lage der Neuhäuser beschränkt sich nicht auf die Finanzlage des Staats wie der Landestreditanstalt. Nicht jeder Neuhäuser ist notleidend.

Wir sind bereit, alle frei werdenden Mittel für die Neuhäuser zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt haben wir 1 Million bereitgestellt, von der etwa die Hälfte ausgegeben ist. Die Landestreditanstalt muß sich jetzt allein tragen, sie muß für Zinsen und Verwaltungskosten selbst aufkommen. Wer darauf nicht Rücksicht nimmt, veründigt sich an der Anstalt und am Staat, der die Bürgschaft übernommen hat. Eine Reihe der vorliegenden Anträge veründigt sich gegen den Staat. Wenn sie angenommen werden, weigere ich mich, sie durchzuführen und verlasse lieber mein Amt, als daß ich mich auf eine schiefe Ebene schieben lasse. Eine generelle Zinsentzug ist ganz unmöglich. Ich bitte, keine Agitationspolitik zu treiben. Vom 1. April bis 1. Oktober 1932 hatte die Anstalt nur 4 Zwangsversteigerungen. Dabei beträgt die Zahl der Schuldner 36 000.

Abg. Waldmann (NS.): Die Neuhäuser wollen nur, was schon in den anderen deutschen Ländern gilt. Abg. Winler (Soz.): Wir wollen keine allgemeine Steuerbefreiung, wie die Nationalsozialisten beantragen, sondern nur Steuerfreiheit für die Bedürftigen. Abg. Dr. Wälder (DN): Es geht nicht an, Anträge zu stellen, die dem Staat Millionen kosten, ohne Deckungsvorschläge zu machen. Die Neuhäuser sind durch die Ständen der Wohnungszwangswirtschaft in diese Lage gekommen. Wegen der Zwangswirtschaft hätten wir keine Wohnungen mehr. Daraus kam es zu der Subventionspolitik des Neuhäuserbesitzes, die eine Raubbaupolitik am Neuhäuserbesitz war. Wir sind bereit, alles zu tun, die Not der Neuhäuser zu lindern. Wir sind aber nicht bereit, ungesicherte Anträge zu unterstützen.

Finanzminister Dr. Dehlinger wies darauf hin, daß sich die Erschwerungen bewährt haben, die die Neuhäuserbesitzer in der Rotverordnung vom 30. September 1931 erhalten haben. Die Anträge auf Steuerbefreiung hätten einen Ausfall von 3 Millionen für die Gemeinden und von 800 000 \mathcal{M} . für den Staat zur Folge. Wollte die Regierung alle Beschlüsse des Landtags in den letzten Tagen durchführen, so würde das für 1932 einen ungedeckten Abmangel von 15—20 Millionen ergeben. — Angenommen werden die Anträge betr. Ausdehnung der Steuerfreiheit für weitere 3 Jahre auf Gebäude, deren Eigentümer ein steuerfreies Jahreseinkommen bis zu 3000 \mathcal{M} . gehabt haben und betr. Herabsetzung der Baudarlehenzinsen und Tilgungsrenten der Landestreditanstalt nach dem Grad der Bedürftigkeit. Außerdem soll die eingeleitete Kündigung von Baudarlehen angesichts der Wirtschaftslage zurückgenommen werden. Zwangsversteigerungen sollen möglichst vermieden werden. Das Staatsministerium soll auch auf allgemeine weitere Zinsentzug beim Reich hinwirken. Ferner wurde angenommen ein nat.-soz. Antrag, wonach die Einziehung der Steuer ganz oder teilweise zu unterbleiben hat, wenn sie bei höherem Einkommen nach Lage der Verhältnisse unbillig wäre. Annahme fand auch ein soz. Antrag, für Darlehensschuldner, deren steuerbares Jahreseinkommen 5000 \mathcal{M} . nicht übersteigen hat, den Zinsfuß auf auf 3 Prozent zu ermäßigen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Schließlich wurden dann noch zwei An-

träge betr. Abgabe von Waldstreu zugestimmt. Der Landtag dürfte erst im November nach den Reichstagswahlen wieder zusammentreten.

Württemberg

Eisenbahnunfälle

Zusammenstoß von Personen- und Güterzug

Die RBD. Stuttgart teilt mit: Der Personenzug 2653 Stuttgart—Tübingen stieß heute früh um 4.56 Uhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Blöchingen auf eine Gruppe Güterwagen auf. Verletzt wurde niemand. Die Lokomotive des Personenzugs und sechs Güterwagen wurden beschädigt. Der Personenzug fuhr mit 18 Minuten Verspätung weiter.

Personenkraszwagen stürzt auf Bahngleis

Die RBD. Stuttgart teilt mit: Am Montag, 17. Okt., vormittags 11 Uhr, fuhr ein Personenkraszwagen aus Gaggenau (Baden) gegen das Geländer der Bahnbrücke zwischen Oberndorf (Neckar) und Epsendorf und stürzte sieben Meter tief auf das Bahngleis ab. Der Kraszwagen wurde schwer beschädigt, der Führer brach den rechten Arm und erlitt starke Verletzungen am Kopf, seine mitfahrende Mutter wurde nur leicht verletzt. Der um diese Zeit fällige D-Zug 211 Zürich—Stuttgart wurde in Epsendorf angehalten, so daß weiteres Unglück verhütet wurde.

Stuttgart, 18. Oktober.

Die Wahl Reinaths gesichert — Wahlabkommen zwischen DVP. und Deutschnationalen. Die Reichsparteileitung der Deutschen Volkspartei hat den Wünschen des Landesverbands Württemberg der Deutschen Volkspartei Rechnung getragen und Herrn Reinath mit auf den Reichswahlvorschlag aufgestellt. Damit dürfte die Wahl Reinaths als gesichert gelten. Das technische Wahlabkommen, das für die Reichstagswahl am 31. Juli zwischen Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei geschlossen worden war, ist für die Wahl vom 6. November erneuert worden. Der Zweck des Wahlabkommens ist, die für die DVP. in den einzelnen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen zu sichern, damit keine Stimme verloren geht.

Keine Zinsentzug bei Aufwertungshypothesen. Der Württ. Sparerbund e. V. Stuttgart schreibt: Den Bemühungen des Sparerbunds ist es gelungen, durchzusetzen, daß für die Gläubiger von Aufwertungshypothesen in der Verordnung vom 27. September eine Ausnahme erreicht worden ist. In Absatz 2 § 1 der Verordnung heißt es: „Die Zinsen einer Aufwertungshypothek (Hypothek) werden nur dann herabgesetzt, wenn die Aufwertungshypothek eine Tilgungsforderung ist.“ Es sind also alle Aufwertungshypothesen, auch auf landwirtschaftliche Grundstücke usw. von der Zinsherabsetzung befreit, soweit es sich nicht um Tilgungsforderungen handelt. Im übrigen empfiehlt der Sparerbund sämtlichen Gläubigern, die von der Herabsetzung bzw. Stundung der Zinsen betroffen werden, mit ihren Schuldnern im Einzelfall eine neue Vereinbarung zu treffen.

Verforgung und Ruhegehälter des Reichs im Rechnungsjahr 1932. Vom Gesamtausgabenansatz aus dem Haushalt des Reichs für Verforgung und Ruhegehälter von Reichsmark 1 381 472 000 entfallen auf Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene 1 045 489 000 \mathcal{M} . Offiziere und Offiziershinterbliebene der ehemaligen Wehrmacht 123 270 000 Reichsmark, Uebergangsbüchrisse beziehende Soldaten der neuen Wehrmacht 58 455 000 \mathcal{M} . Offiziere und Offiziershinterbliebene der neuen Wehrmacht 19 152 000 \mathcal{M} . Empfänger von Veteranenbeihilfen 7 25 000 \mathcal{M} . Rentnempfänger der neuen Wehrmacht einschließlich Hinterbliebene 4 992 000 \mathcal{M} . Kapitulanten der ehemaligen Wehrmacht einschließlich für Hinterbliebene 2 837 000 \mathcal{M} . Beamte und Beamtenhinterbliebene 119 352 000 \mathcal{M} . Am 1. Juli 1931 waren aus staatlichen Betrieben vorhanden: 50 909 Ruhegeldempfänger, 3386 Wartegeldempfänger, 33 782 Witwen und 6952 Waisen. Im Mai 1931 vorhandene Militärrentenempfänger: Kriegsschädigte und Altrentner 892 193, Witwen 376 491, Waisen 505 205, Eltern 371 175. Verheiratet sind von den Kriegsschädigten, Altrentnern und



ODOL-ZAHNPASTA

mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.



Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

18. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

„Magst wohl glaube, der Bert hat den armen alten Herrn abgemurkelt! Na, Jakoble, des is so unmöglich, daß jeds Wort von Uebel ist, was wir drüber rede!“

Da ist Herr Jakob Brilon wieder beruhigt und legt sich schlafen.

Coco Brezina lag in dem seidenen Pfühl ihres Boudoirs, rauchte Zigaretten und ruhte sich aus von den Anstrengungen des Vortages, sammelte gleichzeitig neue Kräfte für die Premiere an diesem Abend.

Aber sie dachte eben nicht an den überaus zufriedenstellenden Verlauf des gestrigen Abends, sondern an das Wiedersehen mit Kurt Bloch, ihrem früheren, treuergebenen Freund. Was hatte ihn so lange von ihr fern gehalten und was brachte er nun Neues? Etwas Wichtiges mußte es wohl sein; das hatte sie gestern aus der kurzen Unterredung mit ihm herausgehört.

Sie streifte lässig die Asche von der parfümierten Zigarette und schaute dann sinnend zur Decke empor.

Kurt Bloch

Er war auch einmal ein großer Trumpf in ihrer Hand gewesen. Indessen — er hatte sich dann doch als Versager herausgestellt.

Mertwürdige Geschichte das! Als seine erste Oper „Die sieben Schwaben“ vor sechs Jahren über die deutschen und ausländischen Bühnen ging, tipten alle auf ihn als den großen Komponisten der Zukunft. Kurt Bloch wurde mit der

Brezina bekannt und verliebte sich leidenschaftlich in sie. Die Brezina griff das Verhältnis auf in der Erwartung, daß ihr der aufgehende Stern des Komponisten auch von Nutzen sein werde.

Aber ihre Erwartungen sowohl als auch diejenigen aller Musik- und Theaterfreunde wurden bitter enttäuscht. Kurt Bloch verharnte nach dem ersten großen Erfolg in einer unbegreiflichen Untätigkeit. Allen Ermunterungen und Aufforderungen seiner Umgebung setzte er Bertröstungen und leere Redensarten entgegen. Die mit großer Spannung vom Publikum erwartete zweite Oper blieb aus.

Die Brezina war müde über das Versagen ihres Schützlings. Sie setzte ihm heftig zu, und als er sich trotzdem nicht zu einer neuen Tat aufraffte, gab sie ihm in aller Form den Laufpaß.

Darüber geriet der bis zur Tollheit in sie verliebte Komponist in Verzweiflung. Er beschwor sie, Geduld mit ihm zu haben; drohte, sie und sich zu erschließen; kurz, er gebärdete sich wie rasend. Sie hatte nur ein verächtliches Lächeln für ihn.

Da war er eines Tages spurlos verschwunden — gerade um die Zeit (wie eben jetzt der Schauspieler einfiel), als sie den Dichter Bert Brilon kennenlernte und ihn an den verwaisten Platz des Günstlings setzte.

Sie hörte dann monatelang nichts von ihm. Doch vor etwa vierzehn Tagen las sie seinen Namen in allen Zeitungen. Der Komponist Kurt Bloch hatte nach den ausführlichen Berichten in der Presse seinen Ruf nicht nur erneuert, sondern tausendfach und unvergänglich befestigt. Seine neue Oper „Rasputin“ hatte in Wien einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Das begeisterte Echo über die

musikalische Großtat hallte in der ganzen musikkundigen Welt wieder.

Coco blickte träumerisch den blauen Kringlein des Zigarettenrauchs nach. Ihre schönen, sinnlichen Lippen formten ein gewüstertes „vielleicht...“

Der Komponist Kurt Bloch kannte die Stunde der Künstlerin, in der sie gut gelaunt zu sein pflegte, — und war pünktlich zur Stelle.

Sie reichte ihm freundlich die Hand zum Kusse. Mit feinen etwas ungelassenen Bewegungen trat er zu ihr und beugte sich über die Hand, sie lange und inbrünstig küssend. Strähnen des buschigen, kohlschwarzen Haars fielen ihm in das bleiche, von häßlichen Narben entstellte Gesicht. Die dunklen Augen flackerten unruhig in den tiefumschatteten Augen.

„Du siehst nicht gut aus. Du bist häßlicher denn je, mein Teurer“, sagte die Dame mitteillos.

„Es sollte dir zu Herzen gehen, Coco“, erwiderte Bloch, „zumal nur du allein daran schuld bist.“

„Ach?“ tat die Brezina erstaunt.

„Du weißt es genau, du grausame Heze!“ stieß Kurt Bloch zwischen zusammengepreßten Zähnen hervor. „Du hättest mich unbarmerzig zugrunde gehen lassen. Herzlos wie ein Stein bist du. Was habe ich gelitten und du hast nichts nach mir gefragt! Ich hätte an der StraÙe verkommen können! Du hast mich in das Höllenfeuer der Leidenschaft und der Liebesrauserei gejagt und rührtest keinen Finger, um mich daraus zu erlösen!“

Wahrscheinlich ohne es zu wollen, hatte er sich in Schmerz und Jörn hineingeredet. Er atmete schwer. Speichel drang zwischen den aufeinanderknirschenden Zähnen hervor.

(Fortsetzung folgt).

ehemaligen Kapitulanten 885 v. H. Nach der Statistik ist bei den Beschädigten mit rund 10 000 Sterbefällen jährlich zu rechnen.

Der Böblinger Landfriedensbruchprozess. In der Nacht zum 24. Juli d. J. kam es in Böblingen zu einer politischen Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die jetzt die Große Strafkammer des Landgerichts Stuttgart beschäftigt. Nachdem ursprünglich 34 Beschuldigte in des Verfahrens verwickelt waren, wurde nur gegen 16 Beteiligte, neun Kommunisten und sieben Nationalsozialisten, Anklage wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs und Waffengehens erhoben. Nach der Anklage versammelten sich an jenem Abend Angehörige der Antifa, um heimlich erden auswärtigen Nationalsozialisten, die an einer Feier im Flughafenhotel teilgenommen hatten, aufzulauern. Es kam an verschiedenen Stellen zu schweren Schlägereien, bei denen von beiden Seiten scharfe Schüsse abgegeben wurden, so daß es zahlreiche Verletzte gab. Urteil folgt.

Vom Landtag. Die Abgeordneten des LWV haben beantragt, daß die regelmäßige Redezeit im Landtag eine Stunde, bei Besprechung von Großen Anfragen 30 Minuten nicht überschreiten soll. Ausnahmen können zugelassen werden.

Die glatten Straßen eine Gefahr für Tiere. Der Abgeordnete Wernowag (BB.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Mit Rücksicht auf den Kraftverkehr wurde die Oberfläche der Straßen so glatt hergerichtet, daß der Verkehr mit Zugtieren äußerst gefährlich wird. Die Tiere rutschen aus, brechen die Füße usw. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, dafür zu sorgen, daß die Straßen aufgeraut werden, damit derartige Unfälle vermieden werden.

80. Geburtstag. Geh. Kommerzienrat Arthur Faber, Inhaber der großen Holzfirma in Vietingheim, feiert am 19. Oktober den 80. Geburtstag.

Aus dem Lande

Stammheim O. Ludwigsburg, 18. Okt. Waffensund. Eine Durchsuchung nach Schusswaffen wurde laut „Ludwigsburger Zeitung“ gestern bei hiesigen Nationalsozialisten durch Landjägerbeamte vorgenommen. In einem Falle wurde ein Selbstladepistol mit Munition vorgefunden und beschlagnahmt. Dem Besitzer soll die Waffe von Verwandten überlassen worden sein. Die Beteiligten werden sich wegen Verletzung der Anmeldepflicht zu verantworten haben.

Heilbronn, 18. Okt. Bruckmann leat den Vorsitz des „Werkbunds“ nieder. In der Vorstandss- und Ausschußsitzung des „Deutschen Werkbunds“ in Berlin gab Geheimrat Dr. Peter Bruckmann bekannt, daß er den Vorsitz niederzulegen gedenke. Bruckmann wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt und behält Sitz und Stimme im Ehrenauschuss. Die Wahl eines Nachfolgers soll im November erfolgen.

Bödingen O. Heilbronn, 18. Okt. Die Erwerbslosen im Rathaus. Wie von der Polizeidirektion Heilbronn zu der Mitteilung der Süddeutschen Arbeiterzeitung über die Befehung des Rathauses im Anschluß an eine Versammlung durch Erwerbslose mitgeteilt wird, kann von einer Befehung des Rathauses keine Rede sein. Es handelte sich lediglich darum, daß eine Gruppe von Erwerbslosen sich nach der Versammlung zum Fürsorgebeamten ins Rathaus begab, um dort Vorschüsse auf die Winterhilfe zu erbitten. Als ihnen dies verweigert wurde, zogen sie durchaus friedlich wieder ab.

Neckargartach O. Heilbronn, 18. Okt. Sanierung oder Eingemeindung. Da Neckargartach nicht mehr in der Lage ist, die für die Wohlfahrtsfürsorge nötigen Gelder aufzubringen und Vorstellungen bei der Regierung, sowie bei der Amtskörperschaft keinen Erfolg hatten, wurde im Gemeinderat folgende Entschlieung gefaßt: 1. Sanierung durch den Staat oder Eingemeindung nach Heilbronn; 2. Gewährung weiterer Mittel durch die Amtskörperschaft.

Vom unteren Neckar, 18. Okt. Dreißer Schwindel. In verschiedenen Orten des Neckartals, so in Eberbach, Hirschhorn, Neckarfeinach bot ein junger Mann aus Alglaffershausen Weintrauben den Zentner zu 8.50 M an. Er ließ sich je Zentner Vorauszahlungen von 50 Pfg. geben. In Neckarfeinach kassierte er so 32.25 Mark. Man kam aber auf den Schwindel und ließ ihn verhaften.

Gmünd, 18. Okt. In den Ruhestand. Dr. Anton Döhler, der große Förderer der Kirchenmusik, trat in den Ruhestand und hat seinen Wohnsitz in seiner Vaterstadt Gmünd genommen. Er ist ein Bruder des verstorbenen Oberbürgermeisters Wöhler-Gmünd. Aus seiner Feder gingen Werte hervor, die über die Grenzen Deutschlands hinaus Beachtung fanden.

Der Freiwillige Arbeitsdienst für Mädchen wurde gestern vormittag hier in zwei Arbeitslagern verwirklicht. Das eine ist ein halboffenes Lager, das vom Evangelischen Frauenbund in den Räumen des ehemaligen Garnisonslazarets eröffnet wurde. 26 Mädchen sind beteiligt. Ein zweiter Arbeitsdienst für katholische Mädchen wurde in der Anstalt St. Ludwig eröffnet. Hier sind es rund 30 Mädchen, die ebenfalls in der Hauptsache mit Nähen, Mäden und Kochen und in beschränktem Umfang auch mit der Betreuung und Pflege von Kindern beschäftigt werden. Das letztere Lager wird geschlossen geführt.

Herrenberg, 18. Okt. Ein Badesommer. Die Einnahmen im hiesigen auch von Auswärtigen viel besuchten Freibad betrugen 6614.60 Reichsmark. Im Voranschlag waren 5000 Reichsmark an Einnahmen vorgesehen. Die Besucherzahl belief sich auf 27 400. Es wurden 394 Schreistellen ausgegeben.

Rottenburg, 18. Okt. 90. Geburtstag. Heute begeht die Mutter des Domkapitulars Dr. Kaim im Haus ihres Sohns ihren 90. Geburtstag. Frau Kaim ist am 18. Okt. 1842 in Schefflingen O. Blaubeuren geboren als Tochter des dortigen Stadtschultheißen Scheitberger. 32 Jahre lebt sie bei ihrem geistlichen Sohn.

Rottenburg, 18. Okt. Neuer Landrat. Landrat Schmid wird in den nächsten Tagen von hier nach Stuttgart übersiedeln, um seinen Dienst bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung anzutreten. Als Stellvertreter wird Landrat Chormann von Niedlingen das Oberamt übernehmen.

Schweningen, 18. Okt. 800 v. H. Bürgersteuer. Zur teilweisen Befreiung des auf den Haushaltsplan 1932 übernommenen Fehlbetrags des Rechnungsjahrs 1931 hatte die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die nachträgliche Erhebung eines weiteren Zuschlags zur Bürgersteuer 1931 von 300 v. H. des Landesjahres angeordnet. Die Stadtverwaltung hat die Zulässigkeit

der nachträglichen Erhebung eines solchen Zuschlags bestritten. Das Wirt. Finanzministerium und Innenministerium haben diese Streitfrage jetzt dahingehend entschieden, daß die angeordnete nachträgliche Bürgersteuer zulässig sei. Die genannten Ministerien schlugen jedoch vor, an Stelle der nachträglichen Erhebung eines 300proz. Zuschlags zur Bürgersteuer 1931 eine um 300 v. H. erhöhte Bürgersteuer 1933, d. h. eine Bürgersteuer in Höhe von zusammen 800 v. H. des Landesjahres zu erheben. Der Vorschlag der Ministerialabteilung wirkt sich dahin aus, daß an Stelle der erwähnten 500proz. Bürgersteuer in Höhe von 30 Mt. nunmehr eine solche Steuer von 48 Mt. für das Jahr 1933 treten soll. Es ist anzunehmen, daß der Gemeinderat den Vorschlag ablehnen wird.

Vom Ries, 18. Okt. Ein Kind verbrannt. Der fünf Jahre alte Landwirtssohn Franz Hofer in Wörnitzstein steckte einen Stecken in den Ofen, um ihn anzubrennen. Dann schwang er den brennenden Stecken im Kreis um seinen Körper, wobei die Kleider Feuer fingen. Auf das Geschrei des Kindes eilte die Mutter herbei und erstickte die Flammen, wobei sie selbst erhebliche Brandwunden erlitt. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist das Kind den schweren Verletzungen erlegen.

Leitnang, 18. Okt. 150 v. H. Bürgersteuer. Der Gemeinderat Leitnang hat in namenslicher Abstimmung mit 12 gegen 1 Stimme beschlossen, für das Rechnungsjahr 1933 die Bürgersteuer an Stelle der Einwohnersteuer in Höhe von 150 v. H. zu erheben. Der Einzug soll auf dem Weg des Lohnabzugsverfahrens durchgeführt werden.

Friedrichshafen, 18. Okt. Bergiftungserscheinung mit Todesfolge. Am Sonntag hatte die 30-jährige Dienstmagd Marie Müller aus Wattenweiler Ode. Ettenkirch mit ihrem in Ravensburg wohnhaften Bräutigam in einer hiesigen Wirtschaft Bierwürstl gegessen. Auf dem Heimweg klagte sie über Schmerzen, die dann immer stärker auftraten, so daß sie kaum noch das elterliche Haus erreichen konnte. Kurze Zeit darauf wurde die Ueberführung in das Krankenhaus notwendig. Dort ist das Mädchen gestern vormittag gestorben. Bei anderen Gästen, die die gleiche Würstl gegessen haben, sind ähnliche Erkrankungsercheinungen nicht vorgekommen. Der Bräutigam des Mädchens sagte aus, bei ihm seien ebenfalls heftige Leibschmerzen mit folgendem starken Erbrechen aufgetreten.

Vadnang, 18. Okt. Streik der Wohlfahrtsarbeiter. Nach der Südd. Arb.-Ztg. befinden sich die Koststands- und Wohlfahrtsarbeiter im Ausstand, um ihre vom Fürsorgeauschuss und Gemeinderat in der Hauptsache abgelehnte Herbschiffelforderung durchzusetzen.

Kornthal O. Leonberg, 18. Okt. Wegelagerer am hellen Tage. Auf der Straße von Stammheim nach Kornthal stellten letzten Samstag mittag am Waldrand fünf Burschen eine auf dem Motorrad daherkommende Militärperson, die sich die Wegelagerer nur durch Abgeben eines Schusses fernhalten konnte; letztere stüchteten dann auch schleunigst in den Seewald. Leider gelang es der Militärperson nicht, einen der Burschen zu erwischen.

Nagold, 18. Okt. Leichensfund. Am Sonntag nachmittag wurde im Wald an der Straße Gütlingen—Wildberg die Leiche des in letzter Zeit beim freiwilligen Arbeitsdienst in Gütlingen und Sulz O. Nagold tätig gewesenem 24 Jahre alten ledigen Tuismachlers Karl Zeiler von Stammheim O. Calw aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Erhängen vor. Gegen Zeiler schwebte ein gerichtliches Strafverfahren.

Uebertreten: die 2. Stadtpfarrstelle in Böblingen Pfarrer Alfred Meyer in Udingen Det. Reutlingen.
Verfehlt: Regierungsrat Dr. Egen beim Oberamt Göppingen als stellv. Landrat an das Oberamt Baihingen/Enz.

Lokales.

Wildbad, 19. Oktober 1932.

Ein Steldichein am Himmel. Die alten Sternweisen haben die Gestirnungen oder Aspekte der Wandelsterne am Himmel mit besonderer Sorgfalt beobachtet. Glauben sie doch, daraus die Geschehnisse der Menschheit deuten zu können. Besonders das enge Zusammenreffen, der Gleichschein zweier Wandelsterne war ihnen bedeutungsvoll. Der „Stern der Weisen“ beispielsweise war eine dreimalige enge Konjunktion der beiden Riesenwandler Jupiter und Saturn. Eine ähnliche Begegnung am Himmel wird die Frühauflöser unter den Sternfreunden in den nächsten Tagen erfreuen, vorausgesetzt, daß der grimmige Wettergott ein Einsehen hat. Der Morgenstern Venus, in höchstem Glanze, und Jupiter, beide im Sternbild des Löwen, nähern sich einander immer mehr. Und in den frühen Morgenstunden des 20. Oktobers zieht Venus ganz nahe an Jupiter vorüber. Der Abstand ist dann nur etwa ein Zehntel-Grad, das heißt rund ein Fünftel des Monddurchmessers. Für das bloße Auge werden die beiden Sterne wie ein enger, sehr heller Doppelpstern erscheinen — ein prächtiger Anblick. Und auch im großen Fernrohr wird es möglich sein, bei schwächerer Vergrößerung die beiden Sterne gleichzeitig im Gesichtsfeld zu haben. Die Keplervorte auf dem Sommerberg wird, klares Wetter vorausgesetzt, am 20. Oktober ab 4 Uhr morgens ihre Pforte begeisterten Sternkundern öffnen.

Dr. R.

Warnung vor Hausierern mit Besteden. Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt uns: Aus verschiedenen Bezirken gehen der Kammer Klagen und Beschwerden darüber zu, daß Hausierer unter Anwendung unlauterer Methoden minderwertige Bestede und Vössel als „Kostfrei“ verkaufen. Die angeblich sehr billigen Preise sind aber in Wirklichkeit für diese Schundwaren viel zu hoch, denn beim ersten Gebrauch erweist sich schon die Minderwertigkeit derselben. Die Bestede sind nur aus Eisenblech gestanz und leicht vernickelt oder verchromt, sind aber mit der irreführenden Aufschrift „Kostfrei“ oder „Kostfrei“ gestempelt. Der angebliche Rostschutz blättert bald ab, außerdem schneiden die Bestede nicht und sind deshalb gebrauchsunfähig, bilden also eine Quelle ständigen Kergers. Die sogenannten Hornhefte — in Wirklichkeit ganz minderwertiges Material — färben ab und zerbrechen bald. Die Vössel sind nur mit einem Binnüberzug versehen, der im Gebrauch sehr bald verschwindet. Es wird deshalb vor dem Kauf solcher Bestede gewarnt. Wer wirklich erstklassige Bestede mit rostfreien Stahlklingen und Vössel bester Qualitäten kaufen will, der wende sich vertrauensvoll an die Fachgeschäfte am Plage bzw. im Bezirk. Diese prüfen die Güte der Ware und verkaufen nur beste wieder schleiffähige Waren zu billigen Preisen. Die Fachgeschäfte bieten auch jede Garantie und außerdem die Möglichkeit umzutauschen oder zu reklamieren, während die Hausierer, die solche minderwertige Ware vertreiben, nie wiedertommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien

Bei der früher ungarischen Stadt Temesvar entgleiten von einem Güterzug, der nachmittags 5.40 Uhr den Bahnhof Temesvar verlassen hatte, ein angehängter Personenwagen, der von Eisenbahnarbeitern besetzt war, und ein Postwagen und stürzten um, wurden aber noch etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Von den 35 Insassen wurden 24 getötet; die übrigen sind so schwer verletzt, daß sie wohl kaum mit dem Leben davonkommen werden. Die Weiche war plötzlich umgestellt worden, ehe die beiden Wagen darüber gefahren waren. Der Weichensteller wurde festgenommen, ob ihn aber eine Schuld trifft, steht noch nicht fest, da es sich um eine selbsttätige Weiche handelt.

Hilfe für Rechtsanwälte. Wie in der Hauptversammlung der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwälte zu Leipzig mitgeteilt wurde, sind im Geschäftsjahr 1931/32 an Unterstütungen 1 069 385 Mark verteilt worden. Bis zum 2. Oktober waren für das Geschäftsjahr 1932/33 schon rund 950 000 Mark an Unterstütungen bewilligt.

Falschmünzerbande in Hamburg verhaftet. Das Falschmünzerkommando in Hamburg hat eine Falschmünzerbande verhaftet und umfangreiches Material beschlagnahmt, wodurch eine ganze Reihe von Münzvergehen in Hamburg, Jhehoe, Neumünster, Steftin und anderen Orten aufgedeckt werden konnte. Die Bande wollte gerade die Herstellung einer neuen Reihe von 20 Mark-Scheinen in Angriff nehmen. Der Führer der Bande noch gesucht. Es soll sich um einen 41-jährigen Arnold Peterfen handeln, der im November aus dem Zuchthaus in Rendsburg geflüchtet ist. Die Werkstatt befand sich in einem Malergeschäft in der Eißelstraße. Verhaftet wurden drei Personen als Helfer und weitere Personen wegen Beihilfe und Begünstigung.

Giftmord durch Pralinen. Der Geschirrführer Henne- meier in Chemnitz wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. In seiner Tasche fanden sich Pralinen vor, die mit Zyanall vergiftet waren. Es wird nun untersucht, von wem Henne- meier die Pralinen erhalten hat. Am dem Tag sollte er in einem Meineidsprozess als Hauptbelastungszeuge auftreten.

Schlagwetter bei Aachen. Auf der 340 Meter-Sohle der Zeche der Gewerkschaft „Sophia Jakobä“ in Hüdeshoven bei Aachen trat in der Nacht zum Dienstag gegen 1.30 Uhr eine Schlagwetterexplosion ein. Ein Bergmann wurde getötet und 11 verletzt. Von den Verletzten kamen sechs unmittelbar zu Schaden, während fünf weitere bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einatmen von Nachschwadern verunglückten. Bei drei der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Rundgebungsverbot in Wien. Wegen der Schlägereien an den Hochschulen in Wien und den Zusammenstößen in Simmering sind die Hochschulen auf drei Tage geschlossen und alle öffentlichen Rundgebungen unter freiem Himmel für Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verboten worden.

Schicksal eines Landesverrätters. In der Nähe von Paris fuhr nachts ein Auto mit 70 Kilometer Geschwindigkeit auf einen großen Lastkraftwagen. Der Personenwagen wurde vollständig zerkleinert. Der Führer, ein „deutscher Journalist“ Karl Mertens, und eine Österreicherin waren sofort tot, ein dritter Insasse, Artur Sahos, gleichfalls „deutscher Journalist“, kam mit dem Schreden davon. Der Getötete ist der berühmte Karl Mertens, der in der Zeitschrift „Menschheit“ landesverräterische Artikel gegen Deutschland zu schreiben pflegte. Er lebte schon längere Zeit in Paris oder Genf. Gegen Mertens, den Mitarbeiter des gleich übel bekannten Prof. Wilhelm Förster, wurde seinerzeit ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Wittwoch, 19. Oktober:
6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Wonnachst. 6.55: Wetterbericht, Nachrichten. 7.00-8.00: Schallplatten. 10.00: Kicker. 10.20: Schallplatten. 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 11.55: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 13.30: Konzert. 14.00: Die beiden Schwaben machen eine Kinderstunde. 16.30: Konzert. 16.45: Zeitangabe, Wetterbericht. 18.25: Aus dem Wirtshausleben unter dem Stern der Weisen. 18.30: Konzert. 19.15: Landwirtschaftsnachrichten. 19.30: Wandolinensong. 20.00: Aber immer mit dem hohen Turm (Hörspiel). 21.10: Punter Abend. 22.50: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 22.45-24.00: Signurmusik.

Sport

Gegen 120 Segelflüge im Ledglande. Nachdem sich die Aus- tragung des Heimatssegelflugwettkampfs, der an sämtlichen Sonntagen des Oktober auf den heimatischen Flugplätzen ausgetragen wird, schon am vorletzten Sonntag 15 Segelflugzeuge in dem bekannten Segelfluggelände an der Led eingestanden hatten, waren am letzten Sonntag 18 Flugzeuge anwesend, die an diesem Tag zusammen 119 Flüge ausführten. Außer den verschiedenen Besatzungsgruppen waren noch die Flug- und Arbeitsgruppen Hlingen, Stuttgart, Juffenhäuser, Kornwestheim, Ludwigsburg, Oberböblingen, Rüttlingen, Dettingen a. E., Wüdershausen, Reichenbach und Ulm anwesend. Bezüglich der Flugleistungen und dem Bau der Segelflugzeuge waren die Fortschritte gegenüber den früheren Jahren deutlich erkennbar. Der Kirchheimer Doppelflüger „Poppel“ konnte in den letzten Wochen die ersten Postlagerflüge ausführen. Während die meisten Gruppen sich mit Gleitflügen abgaben, konnten die Flugs Kirchheim und Dettingen einige schwere Segelflüge ausführen, die ihnen Punkte im Nebungswettkampfe eintrugen.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 15. Oktober

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Oktober 1932 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 179,0 auf 8832,1 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 99,3 auf 3519,0 Mill. RM. verringert, derjenige an Rentenbanknoten um 1,0 auf 400,7 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 366,9 Mill. RM. eine Zunahme um 45,3 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 0,1 auf 796,8 Mill. RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,4 auf 135,2 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. Oktober 26,5 v. H. gegen 25,7 v. H. am Ende der Vorwoche.

Berliner Pfundkurs, 18. Okt. 14.475 G., 14.515 B.
Berliner Dollarkurs, 18. Okt. 4.309 G., 4.217 B.
Dt. Abl.-Anl. 46.20, ohne Ausl. 6.40.
Devisenkurs 3.875 v. H. kurz und lang.
Wirtl. Silberpreis, 18. Okt. Grundpreis 41.30 M. d. Rg.

Zahlungseinstellung. Im Vergleichsverfahren gegen die Bank Leopold Seligmann, Köln-Roblenz, betragen die Vermögenswerte 707 000 Mark, die Verbindlichkeiten 1 300 000 Mark.

Abfall. W. Heilbronn, 18. Okt. Großer Waldverkauf. Schon längere Zeit steht die Fürstl. Löwenstein-Rosenberg-Wertheim'sche Ständesherrschaft in Unterhandlungen betr. Verkauf ihrer zur bekannten Burg „Wilde“ gehörenden 650 Hektar großen Waldungen. Diese verweisen sich auf die Kartungen der Gemeinden Heilbronn, Heilbrunn und Schmidhausen. Sicherem Vernehmen nach ist der Verkauf des Waldes samt der Burg Wilde und den Wilder Weiden zum Preis von 500 000 M zum Abschluss gekommen. Die Gemeinden werden wohl, wie das „Redar-Echo“ schreibt, in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage von ihrem Vorkaufsrecht keine Gebrauch machen können.

Stuttgarter Börse, 18. Okt. Die heutige Börse eröffnete zu etwas schwächeren Kursen. Im Verkauf keine Erholung. Schluss matt. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Goldpfandbriefe und der Industriebriefe meißt fester. Der Aktienmarkt war bei ruhigem Geschäft schwächer.

Deutscher Getreidepreise, 18. Okt. Weizen m. 19.90-20.10, Roggen 15.60-15.80, Braugerste 17.50-18.50, Futter- und Industrieerste 16.70-17.40, Hafer 13.50-13.80, Weizenmehl 24.75 bis 28.25, Roggenmehl 20.25-22.75, Weizenkleie 9.40-9.75, Roggenkleie 8.40-8.80 M.

Märkte

Stuttgarter Schlachtwiehmärkte vom 18. Okt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 57 Ochsen, 55 Bullen, 322 Jungbullen, 463 Rinder, 232 Kühe, 1114 Kälber, 2444 Schweine, 10 Schafe. Davon blieben unverkauft: 17 Ochsen, 5 Bullen, 10 Jungbullen, 120 Rinder, 7 Kühe, 250 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh ruhig, Ueberstand, Kälber mäßig, Schweine langsam, fette Schweine über Notiz, Ueberstand.

Ochsen:	18 10	13 10	Kühe:	18 10	13 10
ausgemästet	30-32	-	fleischig	12-15	-
vollfleischig	26-28	-	gering genährt	9-11	-
fleischig	22-24	-			
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	24-26	25-26	feinste Mast- und beste Saughälber	37-41	37-40
vollfleischig	22-23	23-24	mittl. Mast- und gute Saughälber	33-36	33-36
fleischig	21-22	-	gering genährt	30-32	30-32
Rinder:			Schweine:		
ausgemästet	38-35	34-37	über 200 Pfd.	48-47	47
vollfleischig	28-30	28-31	200-300 Pfd.	45-46	46-47
fleischig	22-25	23-25	300-400 Pfd.	43-45	44-46
gering genährt	-	-	160-200 Pfd.	42-43	42-44
Kühe:			120-160 Pfd.	40-41	40-42
ausgemästet	22-26	-	unter 120 Pfd.	40-41	40-42
vollfleischig	17-20	-	Sauen:	31-36	31-36

Ulmer Schlachtwiehmärkte, 18. Okt. Zutrieb: 6 Ochsen, 10 Faren, 19 Kühe, 19 Rinder, 155 Kälber, 306 Schweine. Preise: Ochsen a 27-29, Faren a 20-21, b 17-19, Kühe b 12-15, Rinder a 29-31, b 27-28, Kälber a 36-38, b 32-34, Schweine a 42-44, b 39-41 M. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam geräumt.

Pforzheimer Schlachtwiehmärkte, 18. Okt. Zutrieb: 16 Ochsen, 9 Kühe, 53 Rinder, 31 Faren, 31 Kälber, 6 Schafe, 506 Schweine. Preise: Ochsen a 31-33, b 27-30, Faren a 26, b und c 24-22, Kühe a 24, b und c 20-12, Rinder a 34-36, b 31-33, Kälber b 38-42, c 33-36, Schweine b und c 47-48 M.

Viehpreise. Bernloch. Württemberg: Jungvieh 80-170, Kälbinnen 170-300, Kühe 250-380. — Caapheim: Kühe und Kälber 75-220, Kälber 105-145, Kühe 100-140. — Weidensfeld: Ochsen 235-375, Stiere 185-220, Kühe 210-360, Kälber 315-390, Einstellvieh 56-240. — Ravensburg: Anstellrinder 70 bis 290, trüchtige Kühe 220-340, Milchkühe 180-300, Kälber 200-360. — Rieslingen: Faren 140-530, Ochsen 220-430, Kälbinnen 280-410, Kühe 150-270, Jungvieh 180-280, Pferde 200-900 M.

Schweinepreise. Noten: Milchschweine 12-19. — Bernloch: Milchschweine 14-20. — Caapheim: Milchschweine 13-19, Mutterchweine 85-130, Käufer 30-40. — Niederstetten: Milchschweine 12-18. — Rieslingen: Milchschweine 14-19, Mutterchweine 100-120. — Tullingen: Milchschweine 10-19. — Weidensfeld: Käufer 22-41, Milchschweine 10.50-19.50 M.

Fuchpreise. Noten: Weizen 11, Roggen 9.50, Dinkel 7.70 bis 8.40, Gerste 8-8.50, Hafer 6-6.40. — Confling: Gerste 13.30, Hafer 6.50-7.20. — Rieslingen: Braugerste 7.80-8.80, Hafer 6.50-6.60, Weizen 9.50-12. — Tullingen: Weizen 11-13, Dinkel 9-9.50, Gerste 8-8.60, Hafer 6.50-7 M.

Schafmarkt. Chingen a. D., 18. Okt. Zufuhr: 900 Hammel, 1535 Schafe und 1185 Lämmer; verkauft wurden 790 Hammel, 55 Gettschafe und 300 Brackschafe, 400 Mutterchafe und 350 Jährlinge. Preise: Hammel 42-60, Gettschafe 35-56, Brackschafe 30 bis 42, Mutterchafe 40-56, Lämmer 35-42 M.

Stuttgarter Großmarkt, 18. Okt. Obstgroßmarkt. Äpfel 12-16 S; Zwetschen 12-18 S, überwiegend 12-16; Pfirsiche 20-35; Walnüsse 25-35; Birnen bis zu 26; Äpfel 15 bis 20 (Holl- und Schüsseläpfel 6-12); Weintrauben 30, ausländische (brutto) von 18 S an aufwärts das Pfd. — Gemüsemarkt. Kartoffeln 2.5-3 S; Kohl und Rotkraut 4-5; Kraut 2.5-3; Stangenbohnen bis zu 35; Tomaten bis zu 25; Gelbe Rüben 4 bis 5; Zwiebeln 5-7; Spinat 12-15 d. Pfd.; Blumenkohl bis zu 50 S; Salatgurken 20-35; Kopfsalat 5-10; Endivienalat 5-8; Rettiche 4-8; Sellerie 6-20, Kohlräbe 3-5, Rosenkohl 12 bis 20; Radieschen 5-6; junge Rettiche 6-8; Karotten 8-12; rote Rüben 5-6 S.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt a. d. Leonhardsplatz, 18. Okt. Zufuhr: 200 Str., Preis: 2.50-3.00 M je Str.

Stuttgarter Filderkrautmarkt a. d. Leonhardsplatz, 18. Okt. Zufuhr: 50 Str., Preis: 2.50-2.80 M je Str.

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz, 18. Okt. Zufuhr: 900 Str., Preis: 6.00-6.60 M je Str.

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof, 18. Okt. Seit 14. Oktober sind 157 Wagen neu zugeführt, und zwar aus Thürtemberg 2, Preußen 1, Bayern 4, Oesterreich 53, Tschechoslowakei 20, Jugoslawien 19, Italien 53, Frankreich 1, Belgien 4. Nach auswärts sind inzwischen 36 Wagen abgegangen. Preis heute wogenweise für 10 000 Kg. von 880-1150 M, und zwar für Obst aus Italien 880-950 M, im übrigen 1020-1150 M, im Kleinverkauf 5.30-6.30 M für 50 Kg. Marktfrage: ziemlich lebhaft.

Herbstnachrichten

Die Stuttgarter Messe beginnt am 20. Oktober. Das Gesamtergebnis von Groß-Stuttgart wird auf 12 000 Hektoliter geschätzt.

Wildbader Nothilfe.
Die Not des bevorstehenden Winters wird zu ihrer Linderung die Zusammenfassung aller hilfsbereiten Kräfte in unserer Stadt erfordern. Es werden daher auf **Freitag, 21. Oktober, abends 6 Uhr** Männer und Frauen aller Organisationen, die zur Hilfe an ihren notleidenden Mitbürgern bereit sind, zu einer Besprechung im Rathausaal eingeladen.
Bürgermeisteramt: Baegner
Ev. Stadtpfarramt: Dauber

Hotel Traube
Heute und morgen **Schlachtpartie**
wozu freundlichst einladet
Emil Wentz.

Frische Seefische
Kablau und Filet heute eintreffend!
Selbsteingeschnittenes Sauerkraut Pfd. 10 S
Neue Linsen Pfd. von 25 an
Erbsen gelbe halbe Pfd. 17 S

Bestellungen auf Speisefkartoffeln
werden von der Einwohnerschaft am Montag den 17. Oktober 1932
Dienstag den 18. Oktober 1932 und Mittwoch den 19. Oktober 1932 je vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr auf der Stadtpflege entgegengenommen.
Lieferung der Kartoffeln: Ende Oktober, Preis: 2.50 bis 2.60 RM pro Zentner.
Die Besteller erhalten bei der Anmeldung Kartoffelbezugsarten ausgestellt, die beim Eintreffen der Kartoffeln bei der Abgabestelle beim Bahnhof als Ausweis abzugeben sind und über den Kartoffelempfang hierauf zu bescheinigen ist.
Soweit verheiratete Arbeitslose, Krisen-, Wohlfahrtsunterstützte und ältere alleinstehende Personen in Betracht kommen, wird denselben Ratenzahlungen bei weitgehendster Berücksichtigung der Zahlungsfrist gewährt.
Im übrigen gilt für die Besteller, welche nicht zu den oben angeführten Personen zählen, Barzahlung.
Nach Ablauf der Anmeldefrist können nachträgliche Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden.
Die wenigen Rückstände vom Vorjahr sind vor oder bei der Bestellung zu begleichen.
Wildbad, den 15. Oktober 1932. Stadtpflege.

BEACHTEN SIE UNSEREN GROSSEN
MÖBEL Sonderverkauf
WIR GEWÄHREN VORÜBERGEHEND GANZ AUSSERGEWÖHNLICHE PREISVERGÜNSTIGUNGEN
LASSEN SICH UNVERBINDLICH IN UNSERER VERKAUFSTELLE
SÜddeutsche MöBEL-INDUSTRIE GER. TREFFZGER RASTATT
PFRORZHEIM SCHLOSSBERG 19 BERATEN
EIGENE VERKAUFSTELLEN IN: FRANKFURT a. M. FREIBURG KARLSRUHE KONSTANZ MANNHEIM PFRORZHEIM RASTATT STUTTGART

Haben Sie Schulden? Vereinnagen Sie diese auf eine Stelle. Oder benötigen Sie Geld für sonstige Zwecke? Wir zahlen laufend aus und treffen mit Ihren Gläubigern Stillhalteabkommen. Lassen Sie sich kostenlos und unverbindlich beraten durch „Familienschutz“ Köln
Geschäftsstelle: Karl Vöcker, Wildbad, Lauenbergstraße 65.
Zwei-Zimmerwohnung mit Küche gesucht. Offerten unter St. 144 an die Tagblattgeschäftsstelle.
Voseidonhautmantel, Faltboot-, Bergsport-, Touren- und Straßenmantel, aus beiderseits gummiertem, leichtem aber reißfestem Batist, in grauer Farbe, mit Rückenventilation, Gewicht 800 Gramm, ein billiger, vollwertiger Ersatz für einen bekannten teureren Markenmantel. Preis einschließlich Taschenkapsel RM. 31.50. In allen Größen, auch für Damen, zu haben bei Adolf Stern, Wildbad.

Alldeutscher Verband Ortsgruppe Oberenzthal.
Am Freitag, den 21. Oktober 1932, abends 8.15 Uhr spricht im Wildbader Hof in Wildbad, in öffentlicher Versammlung Dr. jur. A. Graf Brockdorff-Berlin über **Die Sünden der Hochfinanz in der Wirtschaftskrise.**
Wir laden zu diesem Vortrag Jedermann herzlich ein. Eintritt frei!

Hühneraugen
Warzen, Hornballen werden auch in den hartnäckigsten Fällen tollficher unter Garantie innerhalb 5-6 Tagen reiflos beseitigt durch **Hühneraugen-Kapid.**
Best. erh.: Eberhard-Drogerie Apoth. A. Wappert.
Rabattmarken für den vollen Betrag
Plannkuch
Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

M. G. V. Liederkranz Wildbad.
Unsere regelmäßigen Proben beginnen Mittwoch den 19. Oktober jeweils abends 8 Uhr im Lokal Gasthaus „Alte Linde“
Neueintretende Herren werden freundlichst gebeten, zu erscheinen.
Der Vorstand.